

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An das
Bundeskanzleramt
z.H. Herrn Bundeskanzler Werner Faymann
Ballhausplatz 2
1014 Wien

RU2-A-47/054-2013
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen
1 Beilage

E-Mail: post.ru2@noel.gv.at - Telefax 02742/9005/14170
Internet: <http://www.noel.gv.at> DVR: 0059986
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
LAD1-IP-E-2000/033-2013; Ltg.-43/V-1/2-2013;	Dipl.-Ing. Ilse Wollansky	14783	21. August 2013

Betrifft

Antrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Razborcan betreffend Vereinfachung des EU-Abwicklungssystems in der Periode 2014-2020

Entschließung des NÖ Landtages

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Landtag von Niederösterreich hat in der Sitzung am 19. Juni 2013 folgenden Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Razborcan betreffend „Vereinbarung des EU-Abwicklungssystems in der Periode 2014-2020“ zum Beschluss erhoben:

„In der derzeit noch laufenden EU-Programmperiode 2007 bis 2013 ist das EU-Abwicklungssystem durch einen hohen Komplexitätsgrad gekennzeichnet, der eine effiziente Umsetzung – insbesondere der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – geförderten Programme (Regionalprogramm, Europäische Territoriale Zusammenarbeit) erschwert. Dies schränkt die Sichtbarkeit und die Akzeptanz der Europäischen Union bei der Bevölkerung in Niederösterreich massiv ein.

Gleichzeitig sind die Vorbereitungsarbeiten für die neue EU-Periode 2014 bis 2020 derzeit in allen Förderbereichen und auf allen Ebenen (Europäische Union,

Bundes- und Landesebene) voll im Gange. Die absehbaren EU-Vorgaben zur Abwicklung der EU-Förderprogramme lassen nur eingeschränkt Vereinfachungen in der Umsetzung für die beteiligten Bundes- und Landesstellen sowie für die potentiell Begünstigten (Projekträger) erwarten. Eine Situation, die aus niederösterreichischer Sicht rechtzeitig und vehement entgegen gewirkt werden sollte.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der EU-Programme sind daher gemeinsame Anstrengungen des Bundes und der Länder von entscheidender Bedeutung. Es wird gefordert, die zwischen Bund und Ländern bereits gestarteten Reformschritte nicht nur weiterzuverfolgen, sondern auch dementsprechend zu konkretisieren. Wesentliche Aspekte sind vor dem Start der Programmperiode 2014 bis 2020 einer Umsetzung zuzuführen, die dazu notwendigen Vorkehrungen sind möglichst zeitnah zu treffen.“

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die Bundesregierung aufzufordern, die gemeinsamen Schritte zur administrativen Vereinfachung der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanzierten EU-Programme (Regionalprogramme, Europäische Territoriale Zusammenarbeit) gemeinsam mit den Ländern unverzüglich fortzusetzen und auch für eine entsprechende Umsetzung zu sorgen.“

Die NÖ Landesregierung erlaubt sich daher, Ihnen diesen Beschluss des Landtages von Niederösterreich zur Kenntnis zu bringen und ersucht die Bundesregierung, sich im Sinne der Beschlüsse des Landtages einzusetzen.

NÖ Landesregierung

Regierungsmitglied
Mag. S c h w a r z